

# Forschungs-, Technologie- und Telekommunikationspolitik

Jürgen Turek

Die strukturellen integrationspolitischen ‚Baustellen‘ in Europa verstellen den Blick auf die Gesamtplanung der Europäischen Union von 2021 bis 2027, ihre sozioökonomische Performance durch bestehende und neue Programme und Initiativen zu pflegen und voranzutreiben. Diese beruht auf der EU-Modernisierungsstrategie „Europa 2020“. Sie soll Europa durch die Mobilisierung von Innovationspotenzialen und die Förderung von Forschung und technologischer Entwicklung in High-Tech-Industrien und im Bereich der Digitalisierung antreiben. Gleichzeitig soll sie für ein nachhaltiges Wachstum, eine ausreichende Beschäftigung der Menschen und soziale Kohäsion in Europa sorgen.

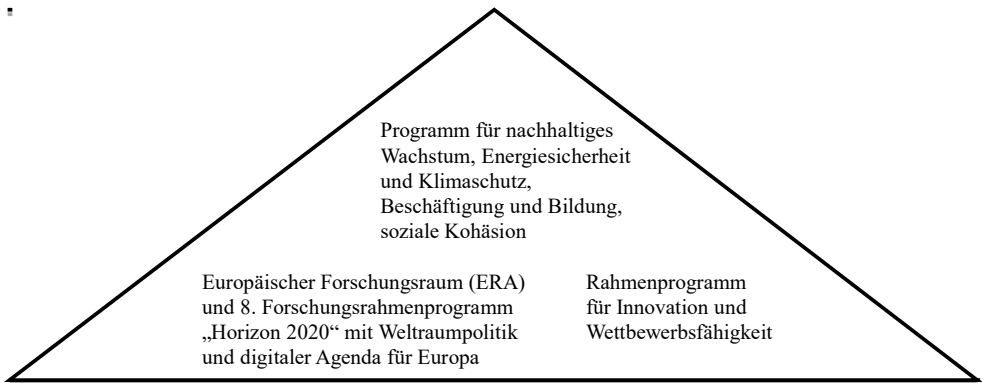


Abbildung 1: Die Modernisierungsstrategie „Europa 2020“ der EU. Grafik: Turek Consulting München

Dieser Ansatz besteht seit Anfang der 2010er Jahre. Er ist ganzheitlich konzipiert und umfasst innovationspolitisch gesehen die wirtschaftspolitische Förderung innovativer Wertschöpfungsketten von den Universitäten über spezialisierte Forschungsinstitute bis hin zu den Unternehmen, die aus Ideen und Erfindungen wettbewerbsfähige Produkte und Dienstleistungen entwickeln sollen. Mit ihrem Gesamtbericht über die Tätigkeit der Kommission 2017<sup>1</sup> und den Impulsen, die sie mit Blick auf den Haushalt der Gemeinschaft 2021–2027 im Mai 2018 gesetzt hat, verdeutlicht die Kommission, dass sie die Umsetzung und Finanzierung der „Strategie Europa 2020“ weiterhin in einem nachhaltigen Rahmen umsetzen will. Dies umfasst die Mobilisierung europäischer Forschungsinstitute und hoch innovativer Unternehmen, die Stärkung der europäischen Grundlagen- und angewandten Forschung sowie die konsequente Digitalisierung des Binnenmarktes.

1 Vgl. Europäische Kommission: Gesamtbericht über die Tätigkeit 2017, Brüssel 2018.

## **Forschungs- und Technologiepolitik**

Die Forschungs- und Technologiepolitik (FTE-Politik) ist elementarer Teil dieser Modernisierungsstrategie. Der Fokus liegt auf der zukünftigen industriellen Entwicklung, ohne dabei sozialwissenschaftliche Forschungsbereiche auszublenden. Die FTE-Politik wird mit dem Programm „Horizont 2020“ exekutiert. Damit realisiert die EU seit 2014 (programmatisch noch bis Ende 2020 disponiert) ein mit 80 Mrd. Euro ausgestattetes Forschungsrahmenprogramm. Budget und Aktivitäten verteilen sich auf die drei Schwerpunkte „EU-Spitzenforschung“, „industrielle Innovationen“ und „Bewältigung der größten gesellschaftlichen Herausforderungen“. „Horizont 2020“ ist das weltweit größte staatliche bzw. supranationale Forschungsprogramm. Es vereint alle Forschungs- und Förderprogramme der Europäischen Kommission, bietet europäische Kooperationsmöglichkeiten zwischen Universitäten, Forschungseinrichtungen, einzelnen Wissenschaftlern und Unternehmen an, legt einheitliche Vorschriften fest und versucht, den damit verbundenen bürokratischen Aufwand in Grenzen zu halten. Die Forschungs- und Technologiepolitik ist Teil einer fest umrissenen industriellen Wertschöpfung. Sie dient dazu, eine Wertschöpfungskette von Forschung und Wissenschaft bis zur Erfindung und kommerziellen Verwertung von Produkten und Dienstleistungen zu initiieren. Damit bildet „Horizont 2020“ den Kern des Europäischen Forschungsraums (EFR). Zusammen mit der „Innovationsunion“ dient es der Umsetzung der „Strategie 2020“; sie soll Europa zum wettbewerbsfähigsten Raum der Welt machen.

Konkret sind die EU-Mittel für Forschung und technologische Entwicklung für Innovationen in Gesundheit, Umwelt, Verkehr und Mobilität, Nahrungsmittel und Energie bestimmt. Forschungspartnerschaften mit der pharmazeutischen Industrie, der Luft- und Raumfahrtindustrie, dem Maschinenbau oder der Automobil- und der Elektronikindustrie sollen privatwirtschaftliche Investitionen in künftiges Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen mit hohem Qualifikationsniveau führen. Die Digitalisierung prägt die FTE-Politik der EU zunehmend. Beispiele finden sich in der digitalisierten Agrarökonomie mit dem Ziel optimierter Produktionsmöglichkeiten und gesteigerter Ernteerträge oder in der optimierten digitalen Verkehrsinfrastrukturtechnologie, die eine automatisierte und sichere Mobilität ermöglichen soll.

Ein wichtiges Ziel der europäischen Forschungs- und Technologiepolitik ist die Erhöhung der Forschungsintensität. Der Anteil der Investitionen des Bruttoinlandsproduktes in den Ländern der EU beträgt im Durchschnitt immer noch nur rund 2 Prozent. Die Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission verfolgen das Ziel, bis 2020 diesen Anteil im Durchschnitt aller EU-Mitgliedsländer auf 3 Prozent zu heben.<sup>2</sup>

Ab Anfang 2017 wurde „Horizont 2020“ einer Zwischenevaluierung unterzogen. Sie nimmt Einfluss auf die Gestaltung des laufenden Programms und prägt das zukünftige 9. EU-Rahmenprogramm, das 2021 beginnen wird. Programmlinien und Initiativen des Programms werden dahingehend untersucht, ob die vereinbarten forschungspolitischen Ziele erreicht werden konnten. Die Evaluierung wurde von zwei externen Expertenkommissionen unterstützt: Zum einen die „Expert Group on evaluation methodologies for the interim and ex-post evaluations of Horizon 2020“, die überprüfen soll, inwieweit die Problematik der ‚sozialen Herausforderungen‘ im Rahmen der übergeordneten Europa 2020-Strategie wirklich aufgenommen worden sind. Zum anderen die „High Level Group

---

2 Vgl. Jürgen Turek: Forschungs-, Technologie- und Telekommunikationspolitik, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration, Baden-Baden 2017, S. 262.

on the interim evaluation of Horizon 2020<sup>3</sup>, welche sich auf eine Projektion der künftigen Herausforderungen und politische Empfehlungen konzentrieren soll.<sup>3</sup> Letztere tagte unter Vorsitz von Pascal Lamy und legte im Sommer 2017 EU-Forschungskommissar Carlos Moedas elf Empfehlungen vor, um das kommende Forschungsrahmenprogramm noch stärker als wirkungsmächtiges Instrument der europäischen Forschungs-, Technologie-, Wirtschafts- und Industriepolitik nutzen zu können. Der Anschub von Forschung und Innovationen sollte deshalb im Haushalt der EU und ihrer Mitgliedstaaten Priorität erhalten und das Budget der EU-Programme für Forschung und Innovation nach 2020 verdoppelt werden. Die Expertengruppe wies darauf hin, dass zwei Drittel des Wirtschaftswachstums in den Industrieländern auf Forschung und Innovation zurückzuführen sind. Zu den elf Empfehlungen gehörten die Verdoppelung des EU-Forschungsbudgets, eine stärkere Orientierung auf die Entstehung zukünftiger Märkte, die Rationalisierung der EU-Forschungslandschaft und Schaffung von Synergien mit den Strukturfonds. EU- und nationale Forschungs- und Innovationsinvestitionen sollten besser abgestimmt und internationale Kooperationen zum Markenzeichen der EU-Forschungs- und Innovationspolitik werden. Vorgeschlagen wurde auch eine Mobilisierung der Bürgerinnen und Bürger mittels breit angelegter Innovationsprojekte.<sup>4</sup>

Im Frühjahr 2018 legte die Kommission ihre Überlegungen zu dieser Evaluation vor. Sie trug diese dem Europäischen Parlament, dem Europäischen Rat sowie dem Ausschuss der Regionen vor. Darin betonte sie Fortschritte des Programms gegenüber den festgestellten Defiziten des vergangenen 7. Forschungsrahmenprogramms. Sie mahnte gleichzeitig eine weitere Konzentration der Bemühungen auf nachhaltige Kooperationserfolge in der Zusammenarbeit zwischen Forschung, Entwicklung und praktisch tätiger Wirtschaft an. Ferner forderte sie mehr Vereinfachung in der Zusammenarbeit, weniger Bürokratie, mehr internationale Kooperation und eine verbesserte Berücksichtigung der Bedürfnisse der EU-Bürger.<sup>5</sup> Insofern zeigte sie sich gegenüber den Forderungen der High Level Group als aufgeschlossen. Die endgültige Evaluation soll Ende 2018 nach dem Abschluss der Konsultationsprozesse mit den europäischen Institutionen vorgelegt werden.

### **Telekommunikationspolitik und Digitalisierung**

Mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft spielt der digitale Binnenmarkt eine wichtige Rolle. Sein Ziel ist eine digitalisierte Super-Infrastruktur und ein Platz Europas unter den großen Champions der Digitalwirtschaft. Zudem soll sie das globale Wachstum europäischer Unternehmen sowie die Modernisierung der öffentlichen Dienste fördern. Wichtig im Programm der Europäischen Kommission sind dabei die Themen: (1) Zugang zu den besten informationstechnologischen Netzen, (2) Reform der Telekommunikationsvorschriften, (3) Verbraucherschutz, (4) Verfügbarkeit von Online-Inhalten und -Diensten in allen EU-Ländern, (5) faires und rechtlich einwandfreies Ver-

---

3 Vgl. Kooperationsstelle EU der Wissenschaftsorganisation (KOWI): EU-Forschungspolitik, Zwischen-evaluierung von Horizon 2020, abrufbar unter: [www.kowi.de/kowi/forschungspolitik/interim-evaluation/interim-evaluation.aspx](http://www.kowi.de/kowi/forschungspolitik/interim-evaluation/interim-evaluation.aspx) (letzter Zugriff: 8.5.2018).

4 Vgl. Europäische Kommission: Elf Empfehlungen für die EU-Forschungspolitik nach 2020, abrufbar unter: [https://ec.europa.eu/germany/news/elf-empfehlungen-f%C3%BCr-die-eu-forschungspolitik-nach-2020\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/elf-empfehlungen-f%C3%BCr-die-eu-forschungspolitik-nach-2020_de) (letzter Zugriff: 7.5.2018).

5 Vgl. European Commission: Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions, abrufbar unter: <https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2018/EN/COM-2018-2-F1-EN-MAIN-PART-1.PDF> (letzter Zugriff: 9.5.2018).

halten von informationstechnologisch agierenden Unternehmen wie Google, Apple oder Facebook, (6) Cybersicherheit und (7) Datenschutz.<sup>6</sup> Letzter Punkt wurde am 25. Mai 2018 mit der EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) einer Regulierung zur Verwendung von personenbezogenen Daten der Bürger in Europa unterworfen. Davor hatte die Kommission im September 2017 Maßnahmen zur Verbesserung des freien Verkehrs nicht personenbezogener Daten vorgelegt. Hinsichtlich der Cybersicherheit stellte die Kommission Leitlinien und Grundsätze auf, um dem Problem der Nutzung von Online-Plattformen für die Verbreitung illegaler Online-Inhalte zu begegnen.<sup>7</sup>

### **Die Digitalisierung Europas ist in voller Fahrt**

Die Digitalisierung hat Europa endgültig erreicht und wird das kommende EU-Forschungsrahmenprogramm sowie die Agenda der Telekommunikationspolitik prägen. Für die FTE gilt: Kooperationen noch besser zu organisieren, die Forschungsanstrengungen endlich auf das 3-Prozent-Ziel am Bruttonutzenprodukt auszurichten und bürokratischen Aufwand zu reduzieren. Die im Rahmen der Evaluation geforderte Verdoppelung des Forschungshaushaltes des Rahmenprogramms ist eine logische Folge; sie betrüge dann etwa 160 Mrd. Euro für die siebenjährige Laufzeit des neuen Programms. Nach der Logik der Finanzplanung in der EU ist eine solche Erhöhung jedoch nicht realistisch. Käme am Ende allerdings eine 20-prozentige oder 30-prozentige Erhöhung des Forschungsbudgets heraus, würde dies der technologischen Wettbewerbsfähigkeit Europas dienen.

Fast wichtiger sind mit Blick auf das digitalisierte Europa alle diejenigen Anstrengungen, die auf eine verbesserte Cybersicherheit und einen besseren Datenschutz der EU-Bürger zielen. Hier hat die Europäische Kommission mit der EU-DSGVO ein strenges Regelwerk errichtet. Gleichzeitig hat sie ein Konzept der Cybersicherheit entwickelt, um die Abwehr-, Abschreckungs- und Reaktionsfähigkeit der EU bei Cyberangriffen zu stärken. Dies umfasst unter anderem die Errichtung einer EU-Agentur für Cybersicherheit, ein Konzept für eine schnelle, operative und einheitliche Reaktion im Fall einer großen Cyberattacke und eine bessere internationale Zusammenarbeit, darunter eine Vertiefung der Kooperation zwischen der EU und der NATO. Problematisch dabei bleibt – wie immer bei der Errichtung einer neuen europäischen Bürokratie – die Frage der Kompetenzverteilung, der Zuständigkeit und der Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden.

Beide Felder – die Forschungs- und Technologie- sowie die Telekommunikations- und Digitalisierungspolitik – erhalten damit stärker einen strategischen Charakter für die weitere europäische Integration. Sie zielen auf die innere und äußere Sicherheit der EU und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft. Insofern können dies wertvolle Impulse sein zur Stärkung eines Europas, dass derzeit in einer schweren Krise steckt.<sup>8</sup>

### **Weiterführende Literatur**

Europäische Kommission: Forschung und Innovation, abrufbar unter: [https://europa.eu/european-union/topics/research-innovation\\_de](https://europa.eu/european-union/topics/research-innovation_de) (letzter Zugriff: 18.5.2018).

Jürgen Turek: Forschungs-, Technologie- und Telekommunikationspolitik, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Jahrbuch der europäischen Integration*, Bonn/Baden-Baden 1993 ff.

---

6 Vgl. die Formulierung der drei Säulen für einen digitalen Binnenmarkt durch die EU-Kommission, abrufbar unter: [https://ec.europa.eu/commission/priorities/digital-single-market\\_de](https://ec.europa.eu/commission/priorities/digital-single-market_de) (letzter Zugriff: 17.5.2018).

7 Vgl. Kommission: Gesamtbericht, 2018, S. 27.

8 Vgl. Jürgen Turek: Globalisierung im Zwiespalt. Die postglobale Misere und Wege, sie zu bewältigen, Bielefeld 2017, S. 398 ff.